

Kamener Zeitung

Vollsfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.
Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Geschäft täglich.
Bezugspreis für den 10. Monat 2 Goldmark. Falls
wir in der Herausgabe oder Lieferung der Zeitung
verhindert sind, hat der Besteller keinen Anspruch auf
Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf
Rückzahlung des Bezugspreises. Für die Redaktion verant-
wortlich: H. Schultze, Kamen.

Nr. 96 (1. Blatt)

Donnerstag, den 24. April 1924

52. Jahrgang.

Dr. Jarres über das Sach- verständigen Gutachten.

(W) Der Reichsminister des Innern be-
dauerte in einer, von der Deutschen Zp. ein-
berufenen, stark besuchten Wahlversammlung in
Stettin, die unübersehbare Zersplitterung des
Wahlkampfes, die ein Unglück für das deutsche
Volk sei. Die große, im Grunde außerordent-
lich einfache und klare Richtlinie des Wahl-
kampfes sei von der Regierung mit der Parole
ausgegangen: Heraus aus dem Elend der In-
flation, zurück zu gefunden und stabilen Wirt-
schaftsverhältnissen. Nur so könne wieder Ehr-
lichkeit und Schaffensfreude in Handel und
Wandel und die nötige innere Grundlage zur
Lösung der Reparationsfrage gewonnen werden.
Wollte man aber dieses Ziel, so müsse man
den Weg dazu wollen, auch wenn er durch
fürchterliche Opfer zu führen. Bei Besprechung
der Außenpolitik wies Dr. Jarres darauf hin,
dass sich der Auffassung der Reichs-
regierung über das Sachverständigen Gutachten
die Vertreter der Länder einflussreich ange-
schlossen haben. Selbstverständlich seien bei den Be-
ratungen schwere Bedenken hinsichtlich der Kon-
trolle wichtiger Teile des deutschen Wirtschafts-
lebens, namentlich der Reichseisenbahnen und
der Reichsbank zum Ausdruck gekommen, ebenso
wie hinsichtlich der offensiblen Ueberschätzung
der deutschen Leistungsfähigkeit. Die ganze
Tendenz des Gutachtens, welches zum
ersten Mal die wirtschaftliche Vernunft zum
Ausdruck bringe, müsse aber anerkannt
werden, ebenso wie der Umstand, dass das
Gutachten selbst wichtige Punkte gegen eine
Ueberschätzung der deutschen Leistungen ent-
hält. Wenn die Regierung sich zur Mitarbeit
bereit erklärt und die Vorbereitungen der
nötigen Geleise übernommen habe, so habe sie
im deutschen Interesse so handeln müssen. An
dem angeblichen Nachgeben gegenüber einem
Druck der Dänen sei kein wahres Wort. Gegen-
über gewissen französischen offiziellen Mel-
dungen betonte der Minister mit Nachdruck,
dass die politischen Fragen gleichzeitig mit den
wirtschaftlichen geregelt werden müssen. Die
Reichsregierung stehe auf dem Standpunkt, dass
Deutschland die Verfügung über
Rhein und Ruhr, zum mindesten nach
den Grundgesätzen des Friedensvertrages und des
Weinlandabkommens, ohne weitere Beschrän-
kungen, wieder erhalten müsse. Die
wirtschaftliche, fiskalische Einheit des Reiches
ohne ohne Wiederherstellung der Verwaltungse-
inheit nicht als gesichert angesehen werden,
und die ungeheuren Leistungen könnten nur
sicher unter dieser Voraussetzung übernommen
werden. Diese Auffassung werde offenbar von
den Vereinigten Staaten, von England, Italien
und anscheinend auch von Belgien geteilt.
Auch die Entlassung der Gefangenen und
die Rückkehr der Ausgewiesenen
müssten gleichzeitig geregelt werden. Der Mi-
nister teilte zum Schluss mit, dass nach zu-
verlässigen Meldungen die Ausbringung von
800 Millionen Goldmark die beste Aussicht habe,
indem in Amerika 100 Millionen Dollars und
in England 75 Millionen Dollars bereits als
Zahlung sicher erscheinen.

Die deutsche Volkspartei zum Gutachten.

Der Parteivorstand der Deutschen Volks-
partei hat zu dem Gutachten der Sachverständigen
Stellung genommen und an den Reichs-
kanzler ein Schreiben gerichtet, in dem es
heißt: Der Parteivorstand der Deutschen Volks-
partei ist bereit, die Regierung bei ihren Ver-
handlungen zu unterstützen, um bei einer Ver-
ständigung zu kommen. Der Ausschuss legt
entschieden Wert darauf, dass keine andere
gültige Regelung getroffen wird, ohne dass die
Rückkehr der Ausgewiesenen und die Befreiung
der Gefangenen in einer die deutschen Inter-
essen reiflos befriedigenden Weise sichergestellt
werde.

Vor 40 Jahren.

Die Blätter feiern heute in Vortartikeln
den 40. Geburtstag der deutschen
Kolonialpolitik, die am 24. 4. 84, als
Wilhelm die kolonialen Erwerbungen des Kauf-
mannes Lüderitz an der Südküste Afrikas
unter den Schutz des deutschen Reiches stellte,
begründet wurde. Der frühere Gouverneur von
Kamerun und Südwestsafrika Dr. Seib hielt
gestern aus Anlass der reichscolonialen Grün-
dung einen funktionsreichen Vortrag über
die Deutschland entfallenden Kolonien. In der
neuen Aula der Berliner Universität findet
heute eine Gedenkfeier der kolonialen
Arbeitsgemeinschaft statt.

Monatliche Vorauszahlung der Beamten- bezüge.

(W) Obwohl die Finanzlage des Reiches
noch immer gespannt ist, hat sich der Reichs-

Von der Erholungsreise in den Tod. Fürchterliche Eisenbahnkatastrophe auf der Gotthardlinie.

Mittwoch morgen gegen 1/3 Uhr ereig-
nete sich auf der Station Bellinzona ein
schwerer Zusammenstoß zwischen
den beiden Gotthard-Nachtschnell-
zügen. Die Zahl der Toten und Verwun-
deten ist sehr groß. Das Unglück ist darauf
zurückzuführen, dass der von Luzern kommende
Nachtschnellzug das Einfahrtssignal der Station
überfuhr. Ein mit Gas beleuchteter Wagen
geriet in Brand. Bis gestern nachmitt-
ag wurden

30 Tote und 30 Schwerverletzte

festgestellt. Unter den Opfern befinden
sich die Lokomotivführer der 4 Maschinen und
die Fahrer der Heizwagen. Ein großer Teil
der Opfer konnte noch nicht identifiziert wer-
den, da die Leichen völlig zerstört
sind. Bundesrat Motta, sowie der General-
direktor der Schweizerischen Bundesbahnen ha-
ben sich an die Unfallstätte begeben. Die
vorläufige Untersuchung hat ergeben, dass der
Fahrer des Luzerner Schnellzuges das Halte-
signal überfahren hat. Bei dem Zusammen-
stoß der Züge geriet der mit Gas beleuchtete
deutsche Wagen des aus Mailand kom-
menden Zuges infolge Explosion des Gasbe-
hälters in Brand. Sämtliche Insassen
dieses Wagens, vermutlich alles
Deutsche, sind in den Flammen un-
gekommen. Der durch das Unglück ange-
richtete Materialschaden ist sehr bedeutend,
schätzt die 4 elektrischen Lokomotiven haben
einen Wert von 4 Millionen Franken.

Dr. Helfferich im Unglückszuge?

Wie die Neue Badische Landeszeitung er-
fährt, hatte der Reichstagsabgeordnete
Dr. Helfferich die Absicht, mit dem
in Bellinzona verunglückten Zuge
von seiner Stationenreise nach Deutschland zu-
rückzukehren, um in Genua seine erste Reichs-
tagssprache zu halten. Er ist bisher in
Genua nicht eingetroffen. Auch in Mannheim
liegt von ihm keine Nachricht vor. Die Ver-
treter der Reichspartei hegt ernste Besorgungen um das
Schicksal Dr. Helfferichs, da bei seiner Zuver-

lässigkeit unter allen Umständen ein Telegramm
über eine Verzögerung seines Eintreffens in
Genua hätte antworten müssen.
Von den Toten konnte bisher einer identi-
fiziert werden, ein Herr aus Basel. Unter
den Verletzten befinden sich die Angehörigen
einer Berliner Firma Fortmann, ferner ein
Otto Karl aus Bremen. — Von den getöte-
ten Reisenden konnte eine weitere Person als
der aus Neidenbach in Wöhmen gebürtige
Frühling identifiziert werden.
Wie es heißt, soll der italienische
Gesandte in Kopenhagen, Graf della
Torre, unter den Opfern sein, doch ist die-
ses Gerücht noch nicht bestätigt worden.

Ein amtlicher Bericht

der Generaldirektion der Schweizer Bundesbah-
nen jagt: Der Nachtschnellzug Frankfurt-
Basel-Mailand-Genua stieß Mittwoch früh
2,30 Uhr nördlich von Bellinzona im Rangier-
bahnhof von Sankt Rocco mit dem Nachtschnell-
zug aus Italien zusammen. Beide Züge waren
mit je zwei elektrischen Lokomotiven bespannt.
Sie fuhren in voller Fahrt aufeinander zu
und wurden zertrümmert. Von dem Mailänder Zug
geriet der erste badische 4-Maschinenwagen 1. und
2. Klasse Mailand-Basel. Der Gasbe-
leuchtung führte, in Brand. Ferner verbrannte
der nachfolgende italienische 4-Maschinenwagen 1.
und 2. Klasse Mailand-Basel. Die Reisenden
dieses Wagens konnten sich retten. Tot sind
von dem Lokomotivpersonal 2 Führer, 3 Heizer,
verletzt 2 Führer, 4 Heizer. Das Unglück ist
darauf zurückzuführen, dass der von Luzern
kommende Nachtschnellzug das geschlossene Ein-
fahrtssignal Bellinzona überfuhr und dann in
den von Chajso kommenden Zug hineinfuhr.
Die ganze Schwere des Unglücks ist auf die
Explosion des Gasbehälters des ersten Wagens
und den dadurch entstandenen Brand zurück-
zuführen. Die Reisenden in dem deut-
schen Wagen konnten dem Feuer ent-
gehen. Nach der italienischen Bahnkontrolle war
der Zug von 15 Schweizern, 45 Deut-
schen und 52 Italienern, sowie einigen
Amerikanern, Franzosen und Engländern be-
setzt. Unter den Italienern befand sich auch
der italienische Gesandte in Kopenhagen mit
seinem Sekretär. Aus dem badischen Wagen
soll nur 1 Reisender gerettet worden sein.

Markt erhöht wird. Die übrigen Wöhne ändern
sich entsprechend. Die Parteien sollen sich bis
zum nächsten Montag für diesen Schiedsspruch er-
klären.

Zu den Lohnverhandlungen im Auf-
bergbau erfahren wir noch folgendes: Die an-
gebotenen Verhandlungen über die Verän-
derung des Mehrarbeitsabkommens
sind nicht zustande. Sie wurden auf näch-
sten Sonntagabend vertagt. An diesem Tage
soll gleichzeitig über den Rohmentarif ver-
handelt werden.

Das Gutachten im Reichsbahn- Ausschuss.

Im Reichsverkehrsministerium beriet gestern
der Organisationsausschuss der Reichsbahnen
über das Gutachten der Sachverständigen, so-
weit es sich mit den deutschen Reichsbahnen be-
schäftigt. Nach einem Referat über das in dem
Gutachten vorgesehene Eisenbahnstatut sprach
Reichsverkehrsminister Döberlein über die finan-
ziellen Lasten, die das Gutachten der Reichs-
bahn auferlegt, und über die Möglichkeit, sie
zu tragen. Eingehend wurde die Stellung
und Zusammenfassung des vorgesehene Ver-
waltungsrates und die Befugnisse des Eisen-
bahnkommissars besprochen, wobei auch die Ver-
treter der freien Gewerkschaften Bedenken gegen
die in dem Gutachten vorgesehene Zusammen-
setzung des Verwaltungsrates äußerten. Die
Aussprache soll in der nächsten Sitzung des
Organisationsausschusses fortgesetzt werden.

Der Kaufpreis für die Freiheit.

Die seit Monaten zwischen der deutschen,
französischen und belgischen Regierung schwe-
benden Verhandlungen über die für diese beiden
Staaten in Auftrag gegebenen Binnen-
schiffbauten im Zusammenhang mit der
Freigabe des von Frankreich in großem Um-
fang beschlagnahmten Rheinschiffbaues wur-
den nunmehr zum Abschluss gebracht. Die
Belgische Regierung hat um die Freigabe ihres

Betriebs zu sichern, wiederum vier Rheina-
raddampfer neuesten Typs und ein
Kähne den Verbündeten zu Eigentum
überlassen. Die im unbesetzten Gebiet her-
gestellten Schiffsbauten werden an Frank-
reich so bald wie möglich abgeliefert, wäh-
rend die auf rheinischen Schiffswerften
liegenden Neubauten nur zu einem Teil fertig-
gestellt werden. Zugleich mit dem Abkommen
zwischen den Regierungen hat eine Gruppe der
größeren Kohlenreedereien mit der
französisch-belgischen Transportkommission eine
Regelung über die Wiederherstellung des
Kohlentransportes getroffen, die bis zu
irgendeiner anderweitigen Regelung dieser Fran-
ge zwischen den beteiligten Regierungen Geltung
haben soll und den beteiligten Reedereien bei
teilweiser Übernahme der Transportkosten die
freie Verfügung über ihren Schiffs-
raum gibt. Das Abkommen legt der Rheina-
schiffahrt neue schwere Lasten auf, zu
deren Erleichterung sich die deutsche
Regierung zurzeit außerstande sieht.
Um so mehr müssen die Rheinschiffahrttreibenden
erwarten, dass nunmehr die Herstellung der
vollen Freiheit in der Rheinschiffahrt schnellstens
durchgeführt wird und künftig unberührt bleibt.
Den an dem Abkommen noch nicht beteiligten
Firmen ist der Beitritt zur Schiedsstelle auch
ihrer Freiheit offen gehalten.

Metalhandel und Frankenschwierig- keiten.

(W) In Stuttgart hat gestern eine Ver-
sammlung führender deutscher Metall-
händler stattgefunden, die versuchen sollte,
die Verbindlichkeiten sämtlicher in Fran-
kenschwierigkeiten geratenen Fir-
men festzustellen und durch gegenseitiges Zu-
hilfenommen die Angelegenheiten in Ord-
nung zu bringen. Im rheinisch-west-
fälischen Metalhandel könne von einer
Krise nicht die Rede sein, wenn gleich zu
gegeben werden müsse, dass auch hier ein-
zelne Händler in Mitleidenchaft
gezogen seien.

Von beteiligter Seite erfährt das Volks-
blatt über die Verhandlungen der führenden
deutschen Metallhändler, dass die maß-
gebenden süddeutschen Firmen des
Metalhandels in der Lage sind, ihren Ver-
pflichtungen nachzukommen. Ueber
die prinzipiellen Fragen sowie die Feststellung
der Höhe der Verbindlichkeiten sind die Ver-
handlungen noch zu keiner Klärung gekommen.

Wenn man „ohne Erlaubnis“ der Rheinlandkommission kunkt.

(W) Laut kölnischer Zeitung wurden Fritz
von Opel in Düsseldorf, der sich eine Radio-
station anlegen ließ und sie benutzte, ohne die
Antwort der Rheinlandkommission auf ein an
sie gerichtetes Gesuch abzuwarten, vom Kriegs-
gericht in Wiesbaden zu 500 Goldmark und In-
genieur Kreuter in Döberheim, der begonnen
hatte, für sich eine Radiostation anzulegen,
zu 100 Goldmark Geldstrafe verurteilt.

Die Kantler in Königsberg.

Dienstag vormittag begann im Stadttheater
der Festakt der Albertusuniversität zum Gedäch-
nis ihres großen Lehrers Immanuel Kant. Die
Hälfte Kant's blühte von der Bühne erst auf das
Parkett, wo mehrere 100 Gelehrte aus dem
In- und Auslande versammelt waren. Im
Hintergrunde hatten die Fahnenabordnungen der
Königsberger Studentenschaft Aufstellung ge-
nommen. Im Vordergrund saßen der Rektor
der Universität mit dem Kultusminister Dr.
Hörsing und Staatssekretär Beder, ferner die
Spitzen der städtischen Behörden sowie der ge-
samte Lehrkörper der Universität. Nachdem die
Hymne „Die Himmel rühmen des Erzeugers Ehre“
verklungen war, ergriff der Rektor Professor
Dr. Udeley das Wort zu einer Begrüßungs-
ansprache. Es folgte die Festrede. Nach dem
Rektor nahm der preussische Minister für Kunst
und Wissenschaft das Wort. Darauf sprach
Professor Gredemeyer. Dann trat eine kurze
Pause ein. Nachdem die Festversammlung über
den Platz genommen hatte, ergriff Staatssekretär
Beder das Wort. An diese Rede schlossen sich
dann Ansprachen ein und ausländischer Gratula-
tionen.

Um 1 Uhr nachmittags begann im Stadt-
theater der feierliche Gratulationsakt der in-
und ausländischen Delegierten. Nach Beend-
igung desselben teilte Professor Udeley mit, dass
die Albertusuniversität zu ihren Ehrenmit-
gliedern den Fabrikbesitzer G. Winter und Reg.
Rat Agricola-Königsberg ernannt habe. Dann
wurden von den Deputierten der einzelnen Ge-
meinden die Ehrenpromotionen bekanntgegeben.
Professor Udeley schloß die feierliche Feier
mit Dankworten an alle Spender unter denen
er besonders der preussischen Staatsregierung
gedachte.

Ein Wort der Verbannung.

Ein Wort der Verbannung.

Ein Wort der Verbannung.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 24. April. (Verchiedenes.) Manche Steuerpflichtige sind der Ansicht, daß sie besser fortzukommen, wenn sie keine Wähler führen oder Aufzeichnungen fortsetzen. In einem solchen Falle hat eine Schätzung einzutreten, welche bisweilen nach Ansicht des Steuerpflichtigen viel zu weit geht und den Steuerpflichtigen veranlaßt, sämtliche Nachmittels zu ergreifen, welche zulässig sind. Der Erfolg ist dann in der Regel sehr unzureichend, wie z. B. der Reichsfinanzhof in einem derartigen Falle kürzlich ausgeführt hat: Den Steuerpflichtigen trifft dafür, daß eine Schätzung notwendig wurde, ein Verschulden, indem er tägliche Aufzeichnungen über seine Einnahmen, zu denen er gesetzlich verpflichtet war, vernichtet habe, obwohl er nach § 162 (3) der Abgabenordnung Bücher, Aufzeichnungen und für die Besteuerung wichtige Geschäftspapiere 10 Jahre lang aufzubewahren habe. Die Entscheidung über die Höhe der Schätzung hätte daher an sich nach § 10 (3) der Abgabenordnung im Beschwerdeverfahren vom Landesfinanzamt erfolgen sollen. Dies sei vom Finanzgericht übersehen worden, insofern es die Verurteilung auf Grund der Schätzung zulässig erachte. Der Steuerpflichtige sei dadurch aber nicht beschwert worden. Der Beschwerdeführer komme unter diesen Umständen nicht vorteilhafter fort und gebe dem Steuerpflichtigen keine Veranlassung, sich zu beschweren, indem das Finanzgericht entscheide, welches mit Steuerbeamten und Ratenrichtern besetzt sei.

Der Dollar nach der amtlichen Mitteilung vom Mittwoch — 4189 500 000 000 bis 4210 500 000 000, das englische Pfund — 18 455 000 000 000 — 18 545 000 000 000, der holl. Gulden — 1566 100 000 000 — 1573 900 000 000, der schweizerische Franken — 742 100 000 000 bis 745 900 000 000, der französische Franken — 284 300 000 000 — 285 700 000 000.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Mittwoch, den 16. April, auf das 1,12-billionenfache der Vorkriegszeit. Gegenüber der Vormohe (1,11 Billionen) ist demnach eine Steigerung von 0,9 v. H. zu verzeichnen. — In der abgelaufenen Berichtswoche (12. bis 18. April) hat der Großhandelsindex (Goldziffer) der Industrie- und Handelszeitung eine Senkung von 139,94 auf 138,68, also um 0,2 Prozent, erfahren. Da in der gleichen Zeit der Aufwertwert der Mark, gemessen am Dollar, dessen amtlicher Mittelskurs sich in Berlin auf 4,2 Billionen Mark hielt, unverändert blieb, bedeu die prozentualen Bewegungen der Goldmark und Papiermarkziffern auch in dieser Woche. Starke Senkungen erfuhren in der Berichtswoche die Preise der Gruppe Güte und Gelle (minus 5,9 Prozent) und Kohle, Eisen (minus 1,3 Prozent). Im Gegensatz hierzu stiegen stark die Preise der Gruppe Fleisch, Fische (plus 5,8 Prozent), während die Veränderung der Gruppenbeziffer für Getreide und Mehl (plus 0,4 Prozent) und Textilien (plus 0,3 Prozent) nur unwesentlich blieb.

(Der Umlauf von Reichsgeld.) Wie man im täglichen Verkehr feststellen kann, bürgerlich das alte deutsche Reichsgeld immer mehr wieder ein, und zwar neben dem alten Kupfergeld. Natürlich müssen es Güter und Gegenstände aus Reich sein, die Umlaufsfähigkeit erlangen sollen, denn die Eisenstücke der Kriegs- und Nachkriegszeit sind minderwertig. Es gibt zwar Geschäfte, die sich sträuben, dieses Kleingeld anzunehmen. Sie scheuen aber letztlich nicht zu wissen, daß sich im unbelebten Gebiet das Reichsgeld wie das Kupfergeld längst wieder Anerkennung verschafft hat.

Die Deutsche Volkspartei Kamen hielt Dienstagabend bei Bergheim eine Wähler-Versammlung ab, zu der die Freunde und Mitglieder der Partei zahlreich erschienen waren. Herr Ebblinghaus eröffnete und leitete die Versammlung und begrüßte insbesondere die Herren Parteisekretär Bierbaum-Hamm und den Redner des Abends, Fabrikant Klingporr. Die Kandidaten auf der Reichstagswahlliste der D. V. P. Die Frage, ob Wahlversammlungen überhaupt nötig seien, will Herr Ebblinghaus mit einem glatten Nein beantworten, da nach den Erkenntnissen und Geschehnissen der letzten fünf Jahre jeder wissen müsse, welche Partei er zu wählen habe. Immerhin habe aber jeder Wähler das Bedürfnis, den zu wählenden Vertreter kennen zu lernen. Dann ergriß Herr Klingporr das Wort. Einleitend betonte er, daß Wahlversammlungen nötig sind, um die außerordentlich bedauerliche Umkehrung gegen alle Politik und die Mäßigkeit gegenüber dem Parteiwesen, die nur den weniger positiv und real eingestellten Elementen Nutzen bringe, zu beheben. Eine Stärkung der Flügelgruppen im Reichstag schwäche die Regierung und brächte eventuell die Unmöglichkeit einer Regierungsbildung. Herr Klingporr ging dann auf die Arbeiten des vergangenen Reichstages und der Nationalversammlung ein. Die Revolution habe Wege geschaffen, die der Geschichte und dem deutschen Volke nicht gerecht werden. Dem Reichstag seien Machtbefugnisse gegeben wie keinem Parlament der Welt. Die Weimarer Verfassung sei ein Werk von Theoretikern, die bloß dem deutschen Volk an Art, Rasse und Wesen fremd waren. Das neue Wahlsystem habe die früheren engen Zusammenhänge zwischen Abgeordneten und Wählern beseitigt und die Überwucherung der Regierung mit Berufspolitikern und Parteifunktionären gebracht. Unbedingt nötig sei, eine gesunde Rückbildung vorzunehmen. Auf dem Gebiete der Verwaltung sei das Wort „Freie Bahn dem Tüchtigen“ mißbraucht worden. Die Parteifarte genüge, alle Posten zu erschleichen und damit den Befähigungsnachweis zu erbringen. Eine Anzahl Beamter habe sich in ihren neuen Stellungen bewährt. Die Über-

zahl aber habe die Befähigung nicht erbracht. Das müßte den Glauben an Beamten und Staat unterhöhlen. Die demonstrierende Wirkung dieser Parteipolitik der Verwaltung zu beheben, werde lange dauern. Redner schloß dann die Gefesamtheit, besonders das Gebiet der Finanzen und Steuern, die Zwangsversteigerung, das Wohnungswesen. Das Parteigeschäft an der Zwangsversteigerung besonders auf dem Wohnungsmarkt habe rühmlich gewirkt. Der Staat habe rechte Konsumentenpolitik getrieben, ohne zu beachten, daß die Erzeugnisse dadurch verrotten und vernichtet würden. Eine Gesundung unserer Wirtschaftsverhältnisse könne nur eintreten, wenn Arbeitnehmer und Arbeitgeber sich gemeinsam als aufeinander angewiesene Träger der Wirtschaft fühlen. Mit Bürgerpflicht nach Preisprüfungsstellen brächten den Preisabbau, sondern eine erhöhte Erzeugung daher muß die Wirtschaft von den Fesseln und Eingriffen des Staates befreit werden. Auf außenpolitischem Gebiete seien wir mit den Versprechungen von Friede, Freiheit, Brot, vom Völkerverbund usw. schmählich betrogen worden. Das Heil könne nur aus uns selbst kommen. Wir jagten Utopien nach und haben unser schönes Haus zerstört lassen. Den Glauben an uns selbst müssen wir wieder finden und Vertrauen zueinander suchen. Absehe von der Parteipolitik und gegenseitiger Verheißung könne nur Friede, Freiheit und Brot geschaffen. Die Stärke der nationalen und völkischen Bewegung, die Klingporr im allgemeinen sehr begrüßt, liege darin, daß sie sich überparteilich halte; sie müsse der Sauerbrunn für alle Parteien sein und alle, bis in das Lager der Linken hinein, mit nationalem Streben erfüllen. Von dem neuen Reichstag müsse gefordert werden: Absehung des Reichstagswahlrechtes unter Aufhebung des Stimmwahlrechts, Klärung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern, Dezentralisierung und Vereinfachung des Steuerwesens, restlose Entpolitisierung des Beamtenapparates, planmäßige Verrückung der freien Wirtschaft. Der Kampf gegen die Schulden und gegen die Fälschungen der ganzen Welt müßte aktiver sein. Zum Schluß ging der Redner auf die Sachverständigenberichte ein, die ihm, gemessen an der Höhe der Zahlungen und unseres Nationalvermögens als unerfüllbar erscheinen. Mit einem Wort schloß er: „Du sollst an Deutschlands Zukunft glauben, an dieses Volkes Auferstehen.“ Schloß Herr Klingporr seine merkwürdigen interessanten Darlegungen. Herr Ebblinghaus dankte dem Redner für seine erfrischenden, von echtem Empfinden getragenen inhaltreichen Vorträge. Der starke Beifall habe ihm gezeigt, wie sehr er die Zuhörer erfreut und erwidert habe. Gegen die Festlegung einer Disziplinarordnung von 10 Minuten wandte sich Herr Strecklin. Eine Verlängerung wurde wegen der vorgeschrittenen Zeit abgelehnt. Wortmeldungen wurden nicht gemacht und weitere Anfragen an den Vortragenden nicht gestattet. Herr Ebblinghaus schloß darauf die Versammlung mit der Bitte an die Anwesenden, am 4. Mai die Liste der D. V. P. zu wählen.

(Die Auswändigung von Postsendungen gegen Unterdruck.) Für die Auswändigung der nachzuweisenden Sendungen an unbekannte Empfänger sind geänderte Bestimmungen in die Dienstausweisung der Post aufgenommen worden. Der Empfänger muß sich entweder durch Vorlegung von Ausweisepapieren oder durch die Bürgschaft einer bekannten, vertrauenswürdigen Person ausweisen. Die Papiere müssen auf ihre Echtheit und Gültigkeitsdauer sorgfältig geprüft werden. Die Zahlungsfähigkeit des Bürgen muß außer Zweifel stehen. Als vollgültige Ausweisepapiere gelten außer Postausweisarten Papiere, die von Behörden für bestimmte Personen ausgestellt sind und eine Personenbeschreibung, ein beglaubigtes Bild und die eigenhändige Unterschrift des Inhabers enthalten, die Pässe, Paßkarten usw. Sie müssen aber in einer Sprache abgefaßt sein, die dem Beamten bekannt ist. Bei der Auswändigung ist zu prüfen, ob alle drei Erkennungsmerkmale, Personenbeschreibung, Bild und Unterschrift, zutreffen. Genügen die vorgelegten Ausweisepapiere nicht, insbesondere weil ihnen ein Prüfungsmerkmal fehlt oder besteht sonst ein Anlaß zu Zweifeln, so muß Bürgschaft gefordert werden.

(Falsche Auskunft am Schalter.) Für eine falsche Auskunft am Schalter hat die Post nicht. Das Reichspostministerium teilt jetzt zwei Urteile des Landgerichts Berlin I in diesem Sinne seinem Bereich mit. Von einem Telegramm nach New York wurde drei Tage später vom Postamt mitgeteilt, es sei anbestellbar. Das Telegramm wurde darauf mit einem kleinen Zusatz in der Aufschrift nochmals aufgegeben. Weitere vier Tage später kam die Nachricht, daß das erste Telegramm inzwischen bestellt worden war. Eine Klage auf Erstattung der Gebühren für das zweite Telegramm wurde abgewiesen. Ebenso erging es einem zweiten Kläger, der ein Lebersechentelegramm mit bezahlter Antwort zur halben Gebühr aufgegeben hatte. Aus Berechnung berechnete der Annahmendeckung auch die Antwortgebühr nur zur Hälfte. Der Fehlertrag wurde später nachgefordert und unter Vorbehalt bezahlt, die Rückzahlung aber vom Gericht zurückgewiesen.

(W) Dortmund, 23. April. (Lebensmittel- und Eisenpreise.) Die erste Zusammenkunft der Westfälischen Lebensmittelbörse findet am Donnerstag, den 24. April, nachmittags 3 Uhr im Vokal der Getreidebörse zu Dortmund, Steinstraße, statt. — Am Freitag, den 25. April, nachmittags 3 1/2 Uhr findet der zweite Teestag der Dortmunder Eisen- und Metallbörse im großen Saale des Bindehofes zu Dortmund statt.

§ Vergehen, 23. April. Den Tod im Steinbruch. Auf dem Busenberg suchte und fand gestern morgen eine junge Frau von hier. Familiensitzigkeiten sollen die Veranlassung zu dem verhängnisvollen Schritt gegeben haben.

§ Schären, 23. April. Selbstmord durch Sturz in den Steinbruch. Auf dem Kaiserberg verübte hier am Samstag ein älterer Mann. Was den Lebensmüden in den Tod getrieben, ist nicht bekannt.

Hofentzündung, 23. April. Ein Kind, das hier zu Besuch war, fing mit seinen Kleidern beim Flämmen Feuer und verbrannte sich so schwer, daß es starb.

Bochum, 23. April. Eine freudige Genugung werden in den künftigen Tagen viele Eltern empfinden haben, als ihnen die Nachricht zuteil wurde, daß ein hiesiges größeres Werk sich geneigt zeigt, ihre in diesem Jahre aus der Schulentlassenen und zur Anmeldung gelangten Söhne als Bedingte einzustellen. Die hange Sorge jener Eltern um die Zukunft ihrer Kinder ist durch das Entgegenkommen der Werksleitung wenigstens in etwa gemildert worden. Es dürfte sich im ganzen um etwa 130 Knaben handeln, die auf die einzelnen Werksstätten verteilt werden.

Bochum, 23. April. (Bestrafung kommunistischer Gewalttäter.) In den Maimonaten des vorigen Jahres wurden von den Kommunisten zwei hiesige bürgerliche Zeitungen gewalttätig stillgelegt. Dabei drang eine bewaffnete Menge unter Führung von Kommunisten in die Expeditionsräume der Zeitungen ein und richtete große Verwüstung an. Die Straf-tammer hatte sich mit dieser Gewalttat zu befassen. Es wurde festgestellt, daß einer der Anführer eine hochgradig geistig beschränkte Person ist. Zwei weitere Anführer sind ins Ausland geflüchtet. Die Feuerwehr und die Kriminalpolizei hatten bei der Säuberung der Straßen vor den Zeitungsgebäuden von der Schußwaffe Gebrauch machen müssen, da aus der Menge mehrere Schüsse auf die Beamten abgefeuert worden waren. Sie hatten die Menge von der geplanten Verwüstung der übrigen Zeitungsgebäude abzuhalten vermocht. Das Gericht verurteilte zwei Beteiligte wegen Landfriedensbruchs und Aufruhrs zu je 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, zwei weitere Beteiligte zu 8 und 5 Monaten Gefängnis.

Herne, 23. April. (Selbstmord eines Polizeibeamten.) In der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch gegen 1 1/2 Uhr beging der ledige Hilfspolizist Hagemeyer unseres Herne Stadtkreises Selbstmord dadurch, daß er sich mittels seiner Dienstpistole in die Stirn schöß. Der Schuß hat den sofortigen Tod herbeigeführt. H. der früher Fährer war, war bereits am Abend zum vorgeschriebenen Dienst nicht erschienen, gegen 1 1/2 Uhr kehrte er in leicht angetrunkenem Zustande in seine Wohnung zurück, um unmittelbar darnach auf die vorbereitete Art seinem Leben ein Ende zu bereiten. Man fand ihn vor einem Tisch sitzend, einen kleinen Handspiegel in der Rechten, während er wohl mit der linken Hand, da er linkschändig ist, die tödliche Kugel gesand. Über die Beweggründe zu der Tat ist noch nichts festzustellen gewesen.

Essen, 23. April. (Schließung eines Zechenverbandes.) Die Strafkammer Essen verurteilte auf Antrag des Berges gegen das Zechenverbandes, Berlin, gegen den frühesten Verbandleiter Josef Wiemelhofe einer weislichen Zechen. Die Vorgänge spielen in der Kohlenwangschaft. Der Angeklagte schloß Verbandverordnungen und bevorzugte Abnehmer, die ihm Schutrgelder zahlten. Gleichzeitig betrug er die Zechen um den Wert von 70 Waggons Kohlen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen gewinnstüchtigen Urkundenfälschung und Bestechung zu zwei Jahren Gefängnis. Einige wegen Bestechung mitangeklagte Kohlenhändler, die nachweisen konnten, daß sie von dem dunklen Treiben des Wiemelhofe nichts gewußt haben, kamen mit Geldstrafen davon.

Bladen, 16. April. Nach Brasilien aus-gewandert waren im vorigen Jahre mit vielen anderen Auswanderern zwei hiesige Einwohner, die sich hier in guter Stellung befunden hatten. Jetzt sind sie zurückgekommen, ohne Stellung, ohne Wohnung, ohne Möbel und ohne Geld. Nur um die Erfahrung reich, daß in den fremden Ländern die Tausen auch nicht geboten heranzufügen.

Duisburg, 23. April. Auf der Krupp'schen Friedrich-Alfred-Hütte zu Rheinhausen wurde dieser Tage der 6. Hofsohn angebläht. Infolgedessen ist der Bedarf an Arbeitskräften bedeutend gestiegen, so daß Aussicht vorhanden ist, die Zahl der Erwerbslosen in absehbarer Zeit beträchtlich zu vermindern.

Duisburg, 23. April. Die Zahl der Erwerbslosen ist hier andauernd zurückgegangen. Während am 31. März diese Zahl noch 10 935 betrug, sind heute etwa nur noch 5000 Arbeiter erwerbslos. Bezeichnend ist aber, daß, als von einem Wert 80 Arbeiter angefordert wurden, es erst nach tagelangen Vermählungen gelang, aus den 5000 Arbeitslosen die angeforderte Zahl zur Verfügung zu stellen. Die Aufwendungen an Erwerbslosenunterstützung belaufen sich insgesamt auf 8 855 000 Goldmark.

Duisburg, 24. April. Die Pländerungen der Duisburger Lebensmittellgeschäfte während der Separatistenherrschaft fanden jetzt vor dem Duisburger Schöffengericht ein Nachspiel. Es hatte sich eine große Reihe von Angeklagten zu verantworten, an den Pländerungen teilgenommen zu haben. Bei Hausdurchsuchungen waren Waren, die aus Pländerungen herrührten, bei ihnen aufgefunden worden. Alle Angeklagten bestritten aber ihre Teilnahme. Sie hätten vielmehr auf der Straße gestanden und den Vorgängen zugegesehen. Die bei ihnen vorgeschundenen Waren hätten sie teils von anderen Leuten erhalten, teils auf der Straße gefunden. Das Gericht hielt sämtliche Angeklagten für überführt und verurteilte sie zu der gesetzlichen Mindeststrafe von 1 Jahr Gefängnis mit der Maßgabe, daß einigen Angeklagten nach Verbüßung von 1, 3, 4 Monaten und 2 Wochen Gefängnis der Rest der Strafe erlassen werden soll.

Aden, 23. April. (Geringschätzung des Denzins.) Einen schlechten Scherz erlaubte man sich hier mit einem Kaufmann, der in einer Wirtshaus eingeleitet war und sehr lebhaft auf den Hausflur gesteuert hatte. Als er nach kurzer Zeit weiterfahren wollte, verlegte der Motor. Man hatte ihm das Denzin gestohlen und hatte dessen den Besitzer mit Geringschätzung gelacht.

Nachen, 23. April. (Ein schwerer Tunge verurteilt.) Der Schlosser Will Stenjemehl aus Geldbrath bei Heinsberg, ein erheblich vorbestrafter Mensch, war von zwei bereits abgeurteilten Komplizen beschuldigt worden, bei einem Diebstahl auf den Hof des Hiesigen Heinsberg, in der Nacht zum 21. April 1921 als Anführer gedient zu haben. Stenjemehl wurde unter Verlesung mildernder Umstände und unter Hinweisung einer weiteren noch zu verhängenden Strafe zu einer Gefängnisstrafe von 7 1/2 Jahren Zuchthaus sowie zu den üblichen Nebenstrafen verurteilt.

Zweibrücken, 16. April. Totgedrückt wurde beim Hangelieren im alten Werder der Firma Bang der 25 Jahre alte Hofarbeiter Martin Dohler aus Rimschweiler. Dohler löste die Kuppelung von zwei stehenden Wagen und wollte aufrecht aus diesen treten, als auf bis her ungelockte Welle ein Wagen anfuhr und Dohler mit der Brust zwischen die Räder kam. Der Unglückliche hinterließ Frau und 2 Kinder.

Frankfurt a. M., 23. April. (Tragischer Tod zweier Kinder.) Am Dienstag wurden in einer Wohnung in der Darmstädterstraße zwei Kinder von 2 und 4 Jahren erstickt aufgefunden. Sie waren in der Wohnung unbesichtigt gelassen worden. Unter diesen hatte die zum Trocknen aufgehängte Wäsche Feuer gefangen und so starken Rauch entwickelt, daß die Kinder daran erstickten. Als die Mutter später nach Hause kam und von dem Unglück erfuhr, wollte sie sich in der Verzweiflung aus dem Fenster stürzen, wurde aber daran verhindert. Sie mußte dem Krankenhaus überführt werden.

Hugo Stinnes und das deutsche Volk.

Gefährdet Hugenberg hat als Vorkämpfer des Bergbauvereins auf der Hauptversammlung dieses Verbandes eine Gedächtnisrede auf Hugo Stinnes gehalten. Nachdem der Redner der Führerarbeit und des Lebens von Hugo Stinnes gedacht hatte, eines Lebens von glanzvoller Kraft, das vor uns liegt wie eine Baustelle, führte er weiter aus:

Er war nicht nur ein Wirtschaftsmann, sondern er war ein Deutscher — ein großer Deutscher. Überall war er zu Hause; er redete in allen Zungen, aber — das können wir bezeugen, die wir mit ihm zusammengearbeitet haben — die Stimme seines Herzens, die Stimme seines Handelns war deutsch. Ich habe noch vor nicht langer Zeit — es war im Herbst vergangenen Jahres — eine Unterhaltung mit ihm gehabt, die mir immer im Gedächtnis bleiben wird. Er zeigte mir das Papiergeld, das seine Hugo-Stinnes-Bank in Hamburg ausgegeben hatten, und er sprach davon, daß zu diesem Geld, zu dem Geld der Wirtschaft der großen Konzerne, heute die Welt mehr Vertrauen habe, als zu dem des Staates. Er sprach davon, wie einige Tage hindurch in Hamburg der Zahlungsverkehr auch von der Reichspost nur habe aufrechterhalten werden können mit diesem Geld der Hugo-Stinnes-Bank. Ich sagte ihm dann: „Es vollzieht sich vor uns überhaupt heute eine Entwicklung, die uns erinnert an die Zeiten des Mittelalters. Damals haben sich in den verfallenen alten Reichs Partikularrechte gebildet, und es bilden sich heute bei uns in Deutschland die großen Wirtschaftsmächte, und es wird darauf ankommen, wie diese Wirtschaftsmächte sich stellen werden zu der Einheit unserer politischen Reichs.“ Darauf fiel er lebhaft ein und sagte: „Ja, darauf wird es ankommen. Aber ich habe die Hoffnung, und wenn ich mich umsehe im Kreise unserer großen Konzerne, die Männer, die uns nahesteht, sie sind doch alle erfüllt von der Überzeugung, daß es heute die Hauptaufgabe ist, die Einheit des deutschen Reiches aufrechtzuerhalten zu unserem Wiederaufstieg. Sehen Sie“, sagte er, „man hat doch nicht umsonst sein ganzes Leben geschäftig; man hat doch nicht nur gearbeitet, um Geld zu verdienen, und wenn es einem gelungen ist, in den kritischen Zeiten Schwere anzuhäufen und mit diesem Beispiel vielleicht auch anderen den Weg zu weisen, daß sie ein gleiches taten und damit einige Stellen in Deutschland aufrechterhalten, so hat man es doch schließlich deshalb getan, um, wenn einmal die Zeit gekommen ist, wenn es sich nicht nur darum handelt, sich von denen, die nicht wissen, worauf es ankommt, die Macht aus der Hand nehmen zu lassen, sondern wenn es sich darum handelt, auf der Grundlage der Einheit des Reichs unsere politischen Aufgaben zu sichern, dann Opfer bringen zu können.“

„Es ist“, so schloß Gehirnt Hugenberg, „unser aller Aufgabe, diesen Will in der deutschen Wirtschaft lebendig zu erhalten. In der Jahre von Hugo Stinnes stehen neben vielen andern vor allem auch seine Angehörigen und seine Arbeiter. Auch hier muß ich auf eine Unterhaltung mit Hugo Stinnes zurückgreifen, die ich bei unsern letzten Zusammenkünften in dem Hause mit ihm hatte, in dem heute seine Leiche aufgebahrt ist. Es handelte sich um politische Dinge, und Stinnes sagte: „Mein Name ist in der politischen Welt ja schwerer beladen, als eigentlich wunderbar, daß es mir so gehen muß — er sagte es mit einer gewissen Bitterkeit —, denn es hat doch eigentlich wohl kaum jemand in Deutschland und so viel getan, um unsern Massen Arbeit zu verschaffen, also das, worauf es heute in Deutschland vor allem ankommt, wie ich es getan habe.“

Der Raub des deutschen Grundbesitzes.

Die Entscheidung über das Schicksal des deutschen Grundbesitzes in Vorkriegszeiten ist in der Sitzung des Reichstages vom 14. April 1924 gefallen. Von 100 Abgeordneten waren, da die Deutschen aus wohlwollenden Gründen der Abstimmung fernblieben, 85 anwesend. Der von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte Antrag, den deutschen Grundbesitz restlos und, was der Kernpunkt des Streits war, ohne jede Entschädigung zu enteignen, wurde mit 50 Stimmen gegen 35 angenommen. Mit diesem Beschluß werden Eigentumsrechte, die 70 Jahre lang bestanden haben, mit einem Federstich vernichtet. Wenn man auch zugeben kann, daß die Verteilung des Grundbesitzes und Boden in den baltischen Provinzen in den Formen, wie sie bis zum Kriege bestanden, unhaltbar war, so ist der Beschluß des Reichstages doch nicht anders als ein radikaler Akt als eine Kopie dessen, was der Bolschewismus in der schlimmsten Zeit des terroristischen Kommunismus verübt hat. Man kann den Leuten ohne Uebertreibung sagen, daß im heutigen Rußland ein solcher chaotischer Mord an dem Grundbesitz, und daß der letzte Staat weniger als das bolschewistische Rußland die Verwirklichung eines Rechtsstaates verdient. Wie wenig sicher übrigens die Ketten des Gesetzgebungsprozesses waren, beweist die Entscheidung der Reichstages darüber, daß im Falle eines künftigen russischen Einmarsches eine Volksabstimmung über die deutschen Eigentumsrechte hätte stattfinden sollen. Dieser Volksabstimmung bedarf es nun nicht mehr. Beachtenswert ist, daß der Beschluß des Reichstages schließlich nach Warschau geknallt wurde und in Polen mit großer Begeisterung und Beifall aufgenommen wurde. Wahrscheinlich wird er als Beweisstück dienen bei den Uebertreibungen, die man auch in Warschau in der gleichen Richtung hat: Vernichtung der jahrhundertalten deutschen Kolonisationsarbeit im ganzen Osten. "Bideant conules!"

Eine Regierungsbesprechung mit den Gewerkschaften über Lohnerhöhungen und Preissenkungen.

(W) Der Vizekanzler Dr. Jarres empfing in Vertretung des Reichskanzlers die Vertreter der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften. An der Besprechung nahmen außerdem teil der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, der Reichsfinanzminister Dr. Luther und der Reichswirtschaftsminister Dr. Brüning. In der Besprechung wandten sich die Gewerkschaften gegen die Auffassung, daß jede Lohnerhöhung notwendig eine Preissteigerung nach sich ziehen müsse und verteilten den Standpunkt, daß eine Reihe anderer Momente, insbesondere die noch nicht überall genügend durchgeführte Rationalisierung der Wirtschaft, das Vorhandensein zu vieler unproduktiver Zwischenglieder und zu hoher Gewinnquoten, die Preis- und Wertungsbedingungen der Kartelle, die noch nicht überall überwundenen Gewohnheiten aus der Inflationszeit und eine vielfach ungewöhnliche Handhabung der Kreditgewährung in höherem Maße die Währung gefährdeten. Die augenblickliche Erhöhung bestimmter Wirtschaftszweige beruhe auf den Uebergewinnen gewisser Volksschichten, denn die Erholung erstreckte sich fast nur auf die ausgesprochenen Luxusindustrien (z. B. auch Leder, Holz, Textilindustrie). Notwendig sei eine allgemeine Senkung der Warenpreise, die heute noch künstlich hochgehalten würden. Eine Niedrighaltung der Löhne hemme die technische Entwicklung und beeinträchtige die Arbeitsleistung. Die Vertreter der Gewerkschaften forderten endlich nachdrücklich die zwingend gebotene Erhöhung der Erwerbslosen-Unterstützungssätze, die heute schon vorwiegend aus den Pflichtbeiträgen gedeckt würden; eine neuwertige Preisprüfung von Staatsmitteln werde durch eine Erhöhung nicht eintreten. Seitens der Reichsregierung wurde die Notwendigkeit einer baldigen Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze anerkannt, aber das erforderliche und mögliche Ausmaß der Erhöhungen gingen allerdings die Auffassungen auseinander. Auch in der allgemeinen Beurteilung der wirtschaftlichen Lage stimmte die Reichsregierung mit den Gewerkschaftsvertretern im wesentlichen überein und betonte, daß von ihrer Seite alles gethan werde, um dem Ziele einer Preisstabilisierung und Erhöhung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter näherzukommen. Diesem Ziele würde vor allem eine zweckentsprechende Handhabung der Ein- und Ausfuhrkontrollen, der Kontrollgesetzgebung und der Kreditpolitik dienen. Eine vorzeitige Erhöhung der Nominallöhne, ohne daß bereits die Handels- und damit Zahlungsbilanz gegenüber dem Ausland wesentlich verbessert und jede überflüssige Kaufkraft in allen Bevölkerungsklassen befriedigt wäre, würde allerdings unhaltbar zu einer neuen Inflation führen.

Die Massenbelastung durch Verbraucher- und Lohnsteuern.

Durch das Volkswort wird folgende Auslassung verbreitet: In der Presse sind mehrfach Ausführungen über eine angebliche Zunahme der Massenbelastung gemacht worden. Hierunter wird verstanden, daß die große Masse des Volkes, insbesondere die arbeitende Bevölkerung, durch die Besteuerung des Verbrauchs und durch die Lohnsteuer verhältnismäßig stärker belastet werde als die besitzenden Klassen durch die Einkommensteuer. Eine Zunahme der Belastung wird insbesondere aus dem Steuersenkungsplan im Februar hergeleitet. Die Entlastung der Einkommenssteuern in der Zeit des sogenannten Uebergangssatzes, d. h. vom 1. Dezember 1923 bis 31. März 1924, hat das Gegenteil bewiesen. In dieser Zeit entfallen vom Einkommensteuern 54 v. H.

auf die Besitzenden, 6 1/2 v. H. auf die Besteuerung des entbehrlichen Verbrauchs (Wein, Branntwein, Bier und Tabak), 26 1/2 v. H. auf die Besteuerung des übrigen Verbrauchs und 13 1/2 v. H. auf die Lohnsteuer; hierbei ist zu beachten, daß dem Lohnsteuergesetz eine ganze Anzahl von besser gestellten Steuerpflichtigen (z. B. höhere Beamte und Angestellte einschließ- lich der Direktoren) unterliegen, deren Anteil als Massenbelastung nicht mitgezählt werden kann. Zudem gibt die Verteilung der Einkommen allein kein vollständiges Bild, weil die Grund- und Gewerbesteuer der Länder und Gemeinden eine wesentliche Belastung darstellen; zählt man sie hinzu, so wird für die Monate Dezember 1923 bis März 1924 der Anteil der den Besitz belastenden Steuern etwa 62 v. H. betragen.

Diese Verteilung der Steuerlasten ist nicht hin, trotz der schweren Belastung auch des Verbrauchs für die verbrauchenden Massen, wenn man noch günstiger, als in der Broschüre des Reichsfinanzministers Dr. Brüning auf Grund der damals vorhandenen Zahlen und Schätzungen angenommen werden konnte.

Änderung des Gesetzes über die Handelskammern.

Das preussische Staatsministerium hat in Uebereinstimmung mit dem Ständigen Ausschuss des Reichstages eine Verordnung mit Gesetzeskraft erlassen, durch welche der Name der Handelskammern in „Industrie- und Handelskammern“ verändert wird, da ja tatsächlich die Handelskammern nicht nur den Handel, sondern ebenso auch die Industrie vertreten. Weiter erhalten durch Aufhebung der bisherigen einschränkenden Bestimmungen auch Personen weiblichen Geschlechts das Wahlrecht und die Wahlbarkeit zur Industrie- und Handelskammer. Von besonderer Bedeutung ist sodann die Bestimmung, daß die Abgrenzung der Bezirke der Handelskammern sowie die Auflösung und die Zusammenlegung bestehender Kammern nach Anhörung der beteiligten Kammern durch Verordnung des Ministers für Handel und Gewerbe erfolgen kann. Hierdurch ist die Möglichkeit gegeben, kleine, leistungsfähige Handelskammern zu beseitigen und ihre Bezirke mit benachbarten Kammern zusammenzulegen. Weiter sind neue Bestimmungen getroffen worden, nach welchen die Industrie- und Handelskammern zur gemeinsamen und ausschließlichen Erfüllung bestimmter Aufgaben Zweckverbände bilden können, und wonach solche Zweckverbände auch vom Minister angeordnet werden können, wenn mindestens die Hälfte der beteiligten Kammern zustimmt und wenn die zusammengeordneten Kammern mehr als die Hälfte der Gesamtzahl der eingetragenen Firmen sämtlicher beteiligten Kammern umfassen. So lange eine Kammer einem Zweckverband angehört, darf sie ohne ihre Zustimmung nicht aufgelöst, anderweitig abgegrenzt oder mit einer anderen Kammer zusammengelegt werden. Durch die Bildung der Zweckverbände soll eine sparsamere Verwaltung und eine zweckmäßige Arbeitsteilung unter benachbarten Handelskammern ermöglicht und gefördert werden.

Ein belgischer Politiker über die Reparationsfrage.

(W) Eine hochstehende belgische Persönlichkeit, die an der Ruhrpolitik beteiligt gewesen sei und sie bisher stets vertreten habe, soll dem Brüsseler Korrespondenten des „Deure“ in Bezug auf die Reparationsfrage über die Sachverständigenberichte gesagt haben, der englische Premierminister hat vernünftig und klar gesprochen. Wir sind enttäuscht von seiner Rede, die er uns übrigens in ihrem vollen Wortlaut vorher hatte schicken lassen. Was sagen Sie zu der Rede Poincarés, fragte der Berichterstatter. Wir sind ein wenig besorgt, was den englischen Eindruck anlangt, den sie in England machen wird. Gewiß hat Poincaré nicht unrecht, wenn er der Ansicht ist, daß wir ohne die Befriedigung des Ruhrgebietes nicht dahin gelangt wären, wo wir jetzt sind. Die Befriedigung hat die Engländer so erschreckt, daß sie die Notwendigkeit einer schleunigen Regelung der Reparationsfrage begriffen haben. Die Befriedigung hat den Bericht der Sachverständigen ermöglicht, das muß man schon zugeben, ohne allerdings zu leugnen, daß die Befriedigung ihren Urheber teuer zu stehen gekommen ist und den Franken zum Sinken gebracht hat.

Verschleuderung deutschen Eigentums.

In Washington ist die Verwaltung des besetzten Ruhrgebietes fremden Eigentums dadurch in die häufigsten politischen Streitigkeiten hineingezogen worden, daß Georg Scharf vom Justizdepartement dem Ausschuss, der die Geschäftsführung des früheren Generalstaatsanwalts Langstier nachprüf, berichtete, daß auf den Philippinen während des Krieges beschlagnahmte deutsche Vermögen zu lächerlichen Preisen verschleudert worden. Jeweils seien nicht einmal antilige Beamter eingesetzt worden.

Verschiedene Auffassungen.

(W) Zu der Feier des 700jährigen Bestehens der Universität Neapel, die von dem Hohenstaufenkaiser Friedrich II. gegründet wurde, entsendet die Reichsregierung eine auf Einladung der italienischen Regierung eine aus Universitätslehrern bestehende Abordnung, deren Führung dem Ges. Regierungsrat Prof. Benda, Mitglied der Akademie der Wissenschaften, übertragen worden ist.

Die bayerische Akademie der Wissenschaften hat bekanntlich die Teilnahme an der Feter abgelehnt, weil es ihr, wie sie in einem Schreiben an den Rektor der Universität Neapel sagte, leider nicht möglich sei, internationale Feste der Humanität mitzufeiern, solange sich das deutsche Volk infolge des Friedensbittens von Versailles in der Lage eines rechtlosen Parias befinde.

Das Schlagweiterungsglück in Mähren.

Die größte Schachanlage des Kohlenreviers Ostau-Mähren, die Hesse-Gabriele in Karwin, ist nach der Samstag nachmittag erfolgten Schlagweiterung, bei der 15 Bergleute den Tod fanden, Sonntag von einer neuerlichen ungeheuren Katastrophe heimgesucht worden, die bei weitem größer ist als die tags vorher. Es erfolgte nach 2 Uhr nachmittags im Förder- schacht eine furchtbare Explosion, und unmittelbar darauf stürzte das etwa 40 Meter hohe eiserne Fördergerüst in sich zusammen. Von den in nächster Nähe des Schachtes befindlichen zwei über 20 Meter hohen Kühltürmen wurde der eine durch den Aufschlag glatt weggerissen. Von den benachbarten Häusern wurden die Dächer zum Teil gänzlich weggetragen, alle Fenster scheibeln herausgedrückt und die Möbel zerstört. In der eine Stunde entfernten Stadt Karwin blieb nicht eine einzige Fensterscheibe ganz. Infolge der Schlagweiterung hatten in den Gebäuden fünf Beamte und ein Fräulein Inspektionsdienst; von diesen erlitten zwei Beamte und das Fräulein schwere Verletzungen. Nicht nach der Katastrophe quoll aus dem Schacht eine ungeheure Rauch- und Staubwolke, die kilometerweit gesehen werden konnte und sich erst nach einer Stunde verflüchtigte. Der ganze Schacht mußte ersäuft werden. Bei der Katastrophe wurden zahlreiche Bergleute und andere Personen insbesondere durch Glas splitter und andere durch die Luft wirbelnde Gegenstände schwer oder leicht verletzt. Der Gesamtschaden wird auf 250 Millionen Kronen geschätzt.

Kleine Nachrichten.

Den Münchener Neuellen Nachrichten zufolge ist von Karwin am vergangenen Sonntag von seinem dreiwöchigen Urlaub im Süden nach München zurückgekehrt. Kossow und Seiger sollen noch einen Erholungs-Ab- rucher in die Schweiz gemacht haben. (Die Armen)

Infolge eines Schlaganfalles ist der Landtagsabgeordnete August Brutt, der Gründer und langjährige Führer der christlichen Gewerkschaften gestorben.

Wie das Bankhaus Schwab, Rölle & Co. mitteilt, ist dem Antrage auf Einführung der Geschäftsaufsicht durch das Amtsgericht stattgegeben worden.

Der Dampfer „Columbus“ des Nordd. Lloyd, gegenwärtig das größte Schiff der deutschen Handelsflotte, ist gestern nachmittag zu seiner ersten Ausreise nach Neuport in See gegangen. Das Schiff wird auf seiner Fahrt in Southampton anlaufen.

In einer Versammlung der Arbeiter der Hamburger Seeschiffswerften wurde einstimmig beschlossen, die Aufnahme der Arbeit abzulehnen und den Streik fortzusetzen. Ein gleicher Beschluß wurde in Kiel gefaßt. Dagegen ist nach 10wöchigem Streik auf den Hamburger Flußschiffswerften gestern die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Dienstag ist die Fluglinie Genf, Zürich, München wieder eröffnet worden. Die Eisenbahnen von Neuseeland sind wegen Kohnstreitigkeiten in den Aus- stand getreten. Der ganze Verkehr ruht.

In Bombah kam es zwischen streikenden Arbeitern und der Polizei zu Zusammen- stößen. Die Polizisten wurden mit Steinen beworfen und gaben Feuer, dadurch wurden 2 Personen getötet und eine verwundet. Es kam zu Plünderungen. Militär wurde auf- geboten. Die Beförderung ist Herr der Lage ge- blieben.

Weitere Nachrichten.

— Doktor Lasker Sieger im Schachturnier. In dem Neuport Schachturnier gewann in der letzten Runde Doktor Lasker gegen Marshall, Capablanca gegen Bogoljubow, Maroczy gegen Yates, Neft gegen Janowski. Remis spielten Alechin und Tartakower. Von den Hänge- parken gewann Bogoljubow die gegen Janowski, Eduard Lasker spielte Remis gegen Janowski. Der Schlußstand ist also: Doktor Las- ker 16 Punkte erster Preis, Capablanca 14 1/2 Punkte zweiter Preis, Alechin 12 Punkte dritte, Marshall 11 Punkte vierter, Neft 10 1/2 Punkte fünfter, Maroczy 10 Punkte, Bogol- jubow 9 1/2, Tartakower 8, Yates 7, Eduard Lasker 6 1/2, Janowski 5 Punkte.

— Schweizerische Konzertreise eines Berliner Musikers. Freitag mittag sind 150 Berliner Knaben und Mädchen mit ihrem Ver- liner Schwarmeser Kinderchor auf einer Konzertreise durch Österreich in Wien ein- getroffen. Sie wurden auf dem Bahnhof von Vertretern der deutschen Gesandtschaft und des deutschen Konsulats, der österreichischen Re- gierung, ferner von Vertretern der Haupt- stadt für Deutschlandhilfe und des Jugendamtes der Gemeinde Wien mit Ansprachen herzlich begrüßt, in welchen auf die freundschaftlichen Beziehungen der Stammesbrüder im Reich und an der Donau hingewiesen wurde. Dann wur- den die Kinder durch die Stadt zum Rathaus ge- führt, wo sie Gäste des Bürgermeisters sind.

— Mit den Söhnen in den Tod. In dem Hause Eberthstraße 15 in Berlin vergiftete die Frau eines Kriegsinvaliden sich und ihre beiden 15 und 11jährigen Söhne durch Gas.

— Abschluß. Am Donnerstag ist bei Verlegung des Großen Benediger der Ober- landesgerichtsrat Dr. Kühne aus Frankfurt a. Main abgereist. Er war auf der Stelle tot.

— Vier Personen beim Schachbesuch er- rückt. Auf den Nieden Montagmorgen in Unter-Abdungen wollten, Blättermeldungen zu- folge ein Schachpolist mit seiner Frau, seinem Vater, der in dem Bergwerk angestellt war, und einem jungen Manne das Bergwerk besichtigen.

Sie gerieten in einen Schacht, der mit giftigem Gasen angefüllt war und wurden am Abend von der Schachtöffnung tot aufgefunden.

— Schweres Brandunglück. Bei einem Brande der Curran hall in Chicago ereignete sich eine heftige Explosion, die den Einsturz von vier Etagen verursachte. Eine Anzahl Feuer- wehrleute stürzten in die Flammen. Zwanzig Feuerwehrleute sind unter größtlichen Qualen gestorben, zwölf weitere schwer verbrannt.

— Durch Großfeuer vernichtet. Nach einer Meldung des L. A. wurde ein Lagerraum der Berliner Glasfabrikationsanstalt auf dem Gut Dittgen bei Rottbus, in welchem 600 Zentner Glas gelagert waren, durch ein Großfeuer vollständig vernichtet. Gleichzeitig verbrannten 120 Zentner Getreide und zahlreiche landwirt- schaftliche Maschinen. Es wird Brandstiftung vermutet.

— Mordat eines Einbrechers. Nach einer Meldung aus Breslau schoß im nahegelegenen Friedland ein Einbrecher, der bei einem Ein- bruchsversuch in einem Gasthof festgenommen war, kurz vor seiner Einlieferung in das Po- lizeigefängnis den ihn begleitenden Polizeibe- amten nieder. Der Beamte war sofort tot. Der Mörder ist entkommen.

— Mordversuch und Selbstmord aus Scher- mut. In der alten Celler Heerstraße in Hannover, erlösch am Samstag der abgehaute Eisenbahnbeamte Kemmer, nachdem er seine Familie und seinen bei ihm zu Besuch weilenden Schwiegersohn, einen Lehrer Gütle, zu er- schießen versucht hatte, sich selbst. Frau Kemmer erhielt einen Schuß in den Arm, seine Tochter, die Lehrersfrau, wurde durch einen Schuß in den Unterleib verletzt und der Schwiegersohn durch zwei Schüsse, die in den Arm und ein Bein drangen. Die Verletzten fanden im Kran- kenhaufe Aufnahme. Der Eisenbahnbeamte hat die Tat offenbar in einem Schwanmisanfalle begangen, der seine freie Willensäußerung aus- schloß. Hierfür spricht die Tatsache, daß Kemmer von der Zeit seiner Entlassung aus dem Eisen- bahndienst an schwermütig war.

Stimmen aus dem Leserkreise.

Unter die er Arbeit werden auch die von allgemein- Interesse annehmen, auch ohne, mit dem Inhalt der- Diskussion nicht einverstanden ist.

(Eingeliefert.)
Zum Wahlkampf.

Sechszwanzig der Parteien.
Das ist wirklich nicht zum Freuen —
Streit und Zank und Haberei,
Große Not so nebenbei.

Auf dem Gipfel seiner Macht
Frankreich sich ins Fünftende lacht.
Unsere Schwäche — keine Kraft,
Ueber Deutschland — dunkle Nacht.

Na, einst der Novembersturm
Nagt an uns noch wie ein Baum,
Doch wir müssen aus dem Sumpf,
Sei die Schwille noch so dumpf.

Nacht uns wollen einen Staat,
Wo jedermann sein Dasein hat,
Wo bei des Erdenlebens Schmerz
Er dennoch hat ein frohes Herz.

Auf zum Kampf! Die Kandidaten —
Sie reden schon von ihren Taten,
Versprechen uns ein Paradies,
Wo uns das Glück schon längst verließ.

Solchen wollen wir nicht glauben,
Weil die Experimente rauben
Uns der ganzen Zukunft Glück —
Denkt sechs Jahre lang zurück.

Nun, im schönen Monat Mai
Schleift an auch der Partei,
Die von Ordnung spricht und Pflicht,
Alles andere hilft uns nicht.

Arbeit und Verdienst gibt's dann,
Täglich Brot bei jedermann;
Wenden wird sich dann auch alles,
Und vorbei ist unser Dales.

Synagogengemeinde Kamen.

Gottesdienst.
Donnerstag und Freitag abend 7 Uhr,
Freitag und Samstag morgen 9 Uhr.

Wirklichkeit.

Nr. 111 in Kamen. Die Kosten für Feuerversicherung gehören zu den Ver- triebskosten und sind schon in den Zuschlägen enthalten. Wenn der Gemeindezuschlag zur Grundvermögenssteuer mehr wie 10% Prozent beträgt, so kann der Mehrbetrag auf die Mieter umgelegt werden.

Der Befähigungswort
Gefähr von Reises-Kinderernte

Billigere Preise für Nahrungs- mittel! Die Preise der allbekannten Getreide- fabrikate sind jetzt erheblich billiger als vor dem Kriege, trotzdem familiäre Bedürfnisse heute teurer sind und manche Artikel eine gegen früher noch verbesserte Zusammensetzung er- fahren haben. So kostet jetzt Dr. Dettmer's Backpulver „Budin“ 8 Pfg. (früher 10 Pfg.), Buddingpulver 8 Pfg. (früher 10 Pfg.), Barmilinder 5 Pfg. (früher 10 Pfg.), Saucen- pulver Vanille 5 Pfg. (früher 10 Pfg.), Gustin 27 Pfg. (früher 30 Pfg.) usw. Die Firma Dr. A. Dettmer bringt auch verschiedene Neu- heiten für die Küche, z. B. Götterpfote, Schokoladenpulver mit gehackten Mandeln, Buddingpulver nach vollständiger Art, Blatt- gelatine, Bad-Dele usw. Es lohnt sich für die Hausfrauen, auch diese neuen Dettmer-Ge- zeugnisse zu probieren.

Fabelhaft billiges Angebot in Zigarren!

Infolge rechtzeitigen Einkaufs sind wir in der Lage, Ihnen Zigarren zu fabelhaft billigen Preisen abzugeben. Verkauf nur an Wiederverkäufer.

Kropp & Albrecht, Hamm (Westf.),

Oststrasse Nr. 3,
Telephon Nr. 230. 1177

Aus den Anfängen geistigen Lebens Newyorks.

Die Stadt der Wolfenkräger überrascht heute jeden Fremden mit den schönsten Schulen, den erlesensten Bibliotheken, den prachtvollsten Theatern und anderen öffentlichen Anstalten der Wissenschaft und Kunst. Gerade aber deshalb ist es interessant, den Ursprung des geistigen Lebens dieser größten Stadt der Welt nachzuspüren. Vor einvierteltausend Jahren war Newyork ein Gänselein gut und schlecht gebauter Häuser, die zum Teil von herübergekehrten Holländern bewohnt waren. Der erste Schulmeister der Kolonie, Adam Roelandt, erhielt für seine Tätigkeit so wenig, daß er nebenbei eine Wäscherei betreiben mußte, um sich recht und schlecht durchs Leben zu schlagen. Sein Nachfolger, Adrian Van Ojendam, bekam für jeden Schüler — man höre und staune! — jährlich zwei Silberpfeile. Im Jahre 1652 erfolgte die Gründung der ersten öffentlichen Schule Newyorks. Im Jahre 1673, also fünf Jahre, nachdem die Holländer das Regiment an England abgetreten hatten, eröffnete Oberst Fr. Bova-las einen monatlichen Postverkehr mit Boston; der organisierte sich der Mann gilt auch als einer der Gründer der ersten Kaufmannsbörse. Freilich besaß zu jener Zeit die jetzige Millionenstadt nur etwa 3000 Einwohner; doch schon damals gaben sich in Newyork alle möglichen Nationen ein Stelldicheln, und man sprach dort gegen zwanzig Sprachen. Am 10. April 1690 stellte der zum öffentlichen Drucker ernannte William Bradford in Pearl-Strasse nahe dem Countess Slip die erste Druckerei auf und versorgte die Bürger fortan mit Almanachen, Traktäthen und anderen Schriften. 1710 leitete sich Newyork die erste Bibliothek, die noch heute bestehende „Newyork Society Library“. Inzwischen hatte die Einfuhr von Negern eine große Ausdehnung genommen, und im ersten Viertel des 18. Jahrhunderts hatte die Stadt bereits ihren Sklavenmarkt. 1734 gab Peter Zenger das „Weekly Journal“ heraus, in dem er freimütig manches zum besten gab, das der Regierung nicht paßte. Ein großer Tag in der Geschichte Newyorks war der 9. Juli 1776, an welchem Tage im jetzigen City Hall Park im Beisein Washingtons die Unabhängigkeitserklärung erfolgte, ihr folgte am 22. August die Schlacht von Long Island. Die Zustände, die folgten, waren furchtbar. Das Volk litt unbeschreibliche Entbehrungen, ließ aber den Mut nicht sinken. Freiheitskämpfer erstanden. 1776 wurde in Newyork der erste Musikantenladen eröffnet. Heute kennt der Newyorker die Metropolitan- und Manhattan-Opern, die Philharmonische und die Symphonie-Gesellschaft, die Oratorien- und Kammermusikvereine, heute hat die Millionenstadt zahlreiche Konservatorien und sogar ihre Richard Strauss-Saison. Berühmt auf dem Gebiete der bildenden Künste sind das Metropolitan-Museum, die National Academie. An luxuriös ausgestatteten Theatern gibt es viele Dugend. Und wer die Zeitungen — vom bescheidensten Traktatblattchen bis zur Tageszeitung in Millionenformat — in Newyork zählen könnte, würde staunen! Dort gibt es noch keine Pressenot, kein fantasmagorisches Aufschwellen der Papierpreise, aber auch kein Publikum, das sich kein Zeitungs- und Wochenblatt verweigern läßt. Der Newyorker ist stets aufs beste unterrichtet und braucht keine Zeitung, wie er Essen und Trinken und Schlafen braucht, also als etwas Lebensnotwendiges. Die enorme Ausdehnung, die der Newyorker Geschäftsverkehr genommen hat, muß zu einem Teil dem Vermittler „Presse“ aufs Konto geschrieben werden.

Der Staatsgerichtshof

verurteilte den Arbeiter Emil Nagelberg aus Altona zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis und 50 Goldmark Geldstrafe und seinen jüngeren Bruder Walter Nagelberg zu 3 Monaten Gefängnis und 20 Goldmark Geldstrafe. Beide Angeklagten sind dabei betroffen worden, als sie im Auftrage der kommunistischen Partei Plakate anbrachten, durch die zur Errichtung der proletarischen Diktatur und zur Stärkung der verfassungsmäßigen Regierung aufgefordert wurde. Der Staatsgerichtshof erblickt in dieser Handlung eine Verletzung des § 85 des Strafgesetzbuches. Den Angeklagten wurden mildernde Umstände zugebilligt.

Weiter trat der Staatsgerichtshof in die Verhandlung gegen den Jugendsekretär der kommunistischen Partei Breslau, Richard Mander, wegen Hochverrats ein. Nach der Anklage war die Tätigkeit Manders darauf gerichtet, als politischer Leiter der kommunistischen Jugend in Breslau die von der Partei beabsichtigte gewalttätige Aenderung der Verfassung des deutschen Reiches entsprechend einer Entschlie-ßung der Zentrale vorzubereiten, und in aller-nächster Zeit durchzuführen. Die Verhandlungen mußten vertagt werden, da die Ladungsfrist nicht eingehalten worden war.

Zur Wahl

Flugblätter
Aufklärungsschriften
Stimmzettel
Plakate
und alle anderen zur Wahl benötigten
Drucksachen

fertigt in kürzester Zeit bei billigster Preisstellung an

**Buchdruckerei
der Kamener Zeitung**
Weststraße 10. Unnaerstraße 165.

Der tolle Bomberg

Zof. Winkler gibt uns mit diesem Buche den großen deutschen Schelmenroman.

Der Freiherr von Bomberg ist ein bekanntes Original, das in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts in Münster in Westfalen gelebt hat, ein Nachfahre aus dem Geiste des Till Eulenspiegel. Von ihm werden hund- dert u. aberhundert Streiche er- zählt, u. Zofes Winkler hat diesen Schwarm von Geschichten eine künstlerische Form gegeben. Immer deutlicher, fa- tiger, runder gestaltet sich das Bild eines Erzählens, der das Herz auf dem rechten Fleck hat, zur Freude der Menschheit. Ein Buch wie dieses tut uns heute not; von Anfang bis zum Ende voll überhäufender Lebenskraft, voll Trost, Froh und Narrenweisheit, — ein deutscher Rabelais: „Lachen ist dein Menschengut.“

Wieder vorrätig

Buchhandlung der Kamener Zeitung.

Kartoffelland
rutenweise abzugeben. 1221
Bahnhofstraße 4.

Da ich die Beleidigung gegen Lobus nicht nachweisen kann, nehme ich diese zurück. 1220
F. B.

Wer vorteilhaft kaufen will, lese täglich die Anzeigen in d. Kamener Zeitg.

Ich habe in meinem Garten für immer Gift gelegt. Wilhelm Solinger, 1220
Derne bei Kamen.

Zur Kirmes!

Goldtorn 35% 220
Münsterländer 35% 2
per Liter

Doppeltorn 38% 280
Weinbrand-Verschnitt

Ca. 40% ¼ Ltr. 240 300
1219 ¼ Ltr. 300

la. Ektore ¼ Ltr. 350
Rot-, Weiß- u. Süßweine

in großer Auswahl.
Willy Rinkmann,
Löwen-Drogerie,
Weststraße 1.

Allein-
mädchen

Für kinderlosen, herrschaft- lichen Haushalt ein in Küche und Hausarbeit durchaus er- fahrener, pflichttreuer 1222

sofort, evtl. zum 1. Mai ge- sucht. Meldungen nur mit Zeugnisabschriften.

Frau Architekt Feldmann,
Dortmund, Neuer Graben 8.



Maier's Glanz rührt zweifellos von Pilo; denn es putzt famos.

ADOLF KREBS - PILOFABRIK - MANNHEIM

Deutschnationale Volkspartei.

Wähler- Versammlung

am Sonnabend, den 26. April, abends 8 Uhr, im Hausmann'schen Saale. 1224

Nebener Reichstagskandidat Rahler:

„Auf zur Wahl“!

Zu zahlreichem Erscheinen ladet er gebenst ein

Der Vorstand.

Sterbengemeinschaft der evangel. Kirchengemeinde.

Am Sonntag, den 27. April, von 9 bis 12 Uhr vormittags im Gemeindehause (Kloster- straße) Erhebung der Beiträge für das Bier- teljahr April-Juni: für Erwachsene 1,50 M., usw. Pünktliche Bezahlung im Bedetermin ist dringend erforderlich. Zur schnellen Abfer- tung möglichst abgezähltes Geld bereithalten. 1225

Der Vorstand.

Bilder- Bücher

in großer Auswahl

empfiehlt

Buchhandlung der
Kamener Zeitung.

Der Ruck nach rechts — wählt Deutschnational!

